https://pleiteticker.de/richter-irritiert-mit-aussage-gewalttaten-von-linksextremistin-lina-e-mit-achtenswertem-motiv/?_gl=1*14onm9u*_up*MQ..*_ga*MTg3Njg3MDIuMTY4NTU5MDQ2Ng..*_ga_8Q6BD4QX2S*MTY4NTU5MDQ2NS4xLjAuMTY4NTU5MDQ2NS4wLjAuMA 31.5.2023

Richter irritiert mit Aussage: Gewalttaten von Linksextremistin Lina E. mit „achtenswertem Motiv"

…..Das Urteil gegen die Linksterroristin Lina E. fällt überraschend milde aus: Der zuständige Richter entscheidet sich für nur fünf Jahre und drei Monate statt den von der Staatsanwaltschaft geforderten acht Jahren Haft. Doch das Absurdeste ist nicht das Urteil, sondern das, was folgte: In der Urteilsbegründung drückte der Vorsitzende Richter Schlüter-Staats Sympathien für die Motivlage der Angeklagten aus.

Zwar stellte der Richter klar, dass jeder Mensch, unabhängig von der politischen Ausrichtung, seine Rechte genieße, und kritisierte auch die ideologische Verbohrtheit der Angeklagten. Aber: Es sei durchaus ein achtenswertes Motiv, Rechtsextremismus entgegenzutreten, erklärte der Richter, der sich auch dazu berufen fühlte, eine politische Erklärung abzugeben: Vom Rechtsextremismus gehe die größere Gefahr aus, meinte Schlüter-Staats, der gerade den größten Prozess gegen Linksradikale seit den Zeiten der RAF zu Ende brachte.

Eine ideologische Nähe zu den linksextremen Gewalttätern kann man dem Richter sicherlich nicht vorwerfen. Aber: Dass ein Richter die Motivlagen von Angeklagten persönlich bewertet, hat mindestens ein Geschmäckle. Und auch eine politische Einordnung von Strafprozessen ist unüblich.

https://journalistenwatch.com/2023/06/01/auch-polizei-sauer-ueber-freilassung-von-lina-e/ 1.6.2023

Auch Polizei sauer über Freilassung von Lina E.

….. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke, hat die vorläufige Freilassung von Lina E. durch das Oberlandesgericht Dresden kritisiert.

Nach dem Urteil habe es "brutale Angriffe" auf Polizisten gegeben, sagte er dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" mit Blick auf Vorfälle in Bremen und andernorts. "Organisiert, geplant und mit absoluter Brutalität wurden der Rechtsstaat und unsere Polizei gezielt angegriffen – natürlich wie üblich aus Kundgebungen und Versammlungen heraus."

Und die Verurteile Lina E. sei gegen Meldeauflagen frei: "Das löst absolutes Kopfschütteln bei uns Polizisten aus." Schließlich habe die linksextremistische Szene nach dem Urteilsspruch Vergeltung in ganz Deutschland angekündigt, so Kopelke. "Uns Polizisten war klar, dass auch wir damit in den Fokus der Extremisten geraten."

Die Studentin war am Mittwoch zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Oberlandesgericht Dresden sprach die aus Kassel stammende 28-Jährige wegen mehrerer Angriffe auf Rechtsextreme der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung schuldig. Der Haftbefehl gegen Lina E. wurde gegen Auflagen aber außer Vollzug gesetzt.

Die Reststrafe muss sie erst verbüßen, wenn das Urteil rechtskräftig ist.

https://www.spiegel.de/panorama/bildung/appell-an-olaf-scholz-unsere-gesellschaft-erlebt-aktuell-eine-der-schwersten-bildungskrisen-seit-gruendung-der-bundesrepublik-a-419eb880-57be-4119-91fd-75e5956e2fc7 1.6.2023

Kita-Not, Schulkrise – knapp hundert Verbände appellieren an Scholz

Akute Personalnot in Kitas und Schulen, deutliche Leistungseinbrüche bei Kindern: Fast hundert Verbände fordern die Politik dringend zum Handeln auf. Eine konkrete Forderung richten sie auch an den Kanzler.

So kann es mit Deutschlands Bildungssystem nicht weitergehen, Olaf Scholz und die gesamte politische Führung müssen handeln! Das ist der

Tenor eines offenen Appells, den am Donnerstag fast hundert Verbände aus dem Bildungsbereich veröffentlicht haben. »Unsere Gesellschaft erlebt aktuell eine der schwersten Bildungskrisen seit Gründung der Bundesrepublik«, heißt es in dem Schreiben, das unter anderem die Berliner Initiative »Schule muss anders« angestoßen hatte. ……

Ein enormer Mangel an Lehrern und Erziehern treffe auf ein »veraltetes, unterfinanziertes und segregiertes Bildungssystem«, das sozial ungerecht sei. Kinder und Jugendliche würden viel zu oft nicht ausreichend auf die Zukunft vorbereitet. Notwendige Aufgaben wie Digitalisierung und Inklusion seien »viel zu lange verschlafen« worden. Die mahnenden Worte richten die Unterzeichner an den Kanzler, die Bundesregierung, alle Länderregierungen sowie die 16 Kultusminister. …….

Viele Kitas und Schulen beklagten, dass sie aufgrund der nicht kindgerechten Personalausstattung und der Überlastung ihren Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen können. Knapp 50.000 junge Menschen verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss, wie die Unterzeichner betonen. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Deutschland beim Lesen, Schreiben und Rechnen würden immer schlechter . …….

https://report24.news/diktatur-nordkorea-und-ukraine-ins-fuehrungsgremium-der-who-gewaehlt/?feed_id=31045 31.5.2023

Diktatur Nordkorea und Ukraine ins Führungsgremium der WHO gewählt

Aktuell stellen sich die Regierungen der Welt darum an, der WHO mehr nationale Kompetenzen abzugeben. Diese Vorgänge scheinen Teil der Bestrebungen zu sein, im Rahmen des “Great Reset” eine neue Weltordnung einzurichten. Wie absurd die WHO tatsächlich ist, zeigt die aktuelle Wahl des “Executive Board”, einem Führungsgremium, dessen Mitglieder für drei Jahre bestellt werden. Dort sitzen in Zukunft auch Nordkorea, die Ukraine, Katar, Barbados und Kamerun.

Wie Fox News als "Breaking News" berichten, hat die WHO aus den ordentlichen Mitgliedern die neuen Mitglieder des Executive Board gewählt.

Die Diktatur Nordkorea wird in den kommenden drei Jahren (bis 2026) durch Gesundheitsminister Dr. Jong Min Pak vertreten. Dies wurde sofort durch die verfeindete Nation Südkorea kritisiert:

„Es ist fraglich, ob Nordkorea, das weiterhin gegen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen verstößt und die Autorität der Vereinten Nationen missachtet, die von den Vereinten Nationen verfolgten Standards für ein WHO-Vorstandsmitglied erfüllt, das sich an internationale Normen halten und zur Verbesserung der globalen Gesundheit beitragen sollte", sagten die südkoreanischen Außen- und Gesundheitsministerien zu der Entscheidung.

In den Vereinigten Staaten gibt es bereits erste politische Forderungen, aufgrund dieser Wahl jegliche Finanzierung der WHO einzustellen. Der texanische Abgeordnete der republikanischen Partei, Chip Roy, erklärte, dass kein Cent Steuergeld diesen "kommunistischen Müll finanzieren dürfe". …..

https://tkp.at/2023/05/30/twitter-droht-verbot-in-der-eu/ 30.5.2023

Twitter droht Verbot in der EU

Twitter soll in der EU verboten werden, wenn es sich nicht an die neuen Zensurvorschriften hält, sagen Politiker aus Frankreich. Der französische Minister für digitalen Transition und Telekommunikation Jean-Noel Barrot drohte am Montag mit einem Verbot sobald das Gesetz über digitale Dienste (DSA) am 25. August vollständig in Kraft getreten ist. Die EU verfolgt schon länger alles was nicht ihrer Agenda entspricht, wie dem Green Deal, den Impfkampagnen oder dem Krieg und den Sanktionen gegen Russland.

„Desinformation ist eine der größten Bedrohungen, die auf unseren Demokratien lasten", sagte Barrot dem Radiosender France Info. "Ich

hoffe, dass Twitter bis zum 25. August die europäischen Regeln einhält. Andernfalls wird es in Europa nicht mehr willkommen sein. Wenn Twitter sich wiederholt nicht an unsere Regeln hält, wird es aus der EU verbannt werden."

Die DSA verlangt, dass Suchmaschinen und große Plattformen wie Twitter, YouTube und TikTok Maßnahmen ergreifen, um "Desinformation oder Wahlmanipulation, Cybergewalt gegen Frauen oder Schäden für Minderjährige im Internet" zu verhindern. Die Europäische Kommission kann Verstöße mit Geldstrafen von bis zu 6 % des weltweiten Jahresumsatzes ahnden.

EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton gab letzte Woche bekannt, dass Twitter aus dem freiwilligen Verhaltenskodex der EU zur Desinformation ausgestiegen sei.

"Aber die Verpflichtungen bleiben bestehen. Man kann weglaufen, aber man kann sich nicht verstecken", sagte Breton und fügte hinzu, dass die DSA-Bedingungen "durchsetzungsbereit" sein werden, wenn die Frist zur Einhaltung im August abläuft. …..

https://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/ruhrgebiet-aktuell/gladbeck-mega-miete-land-will-4-sterne-hotel-fuer-fluechtlinge-84112466.bild.html
30.5.2023

Land NRW will Flüchtlinge im Vier-Sterne-Hotel unterbringen

Van der Valk Hotel Gladbeck' befindet sich direkt an der Autobahn A2 und ist perfekt geeignet sowohl für Geschäftsreisende als auch für Familien": So wird die Unterkunft auf einer Buchungsseite im Internet beworben. Noch.

Denn das Hotel soll zu einer Flüchtlingsunterkunft mit 620 Plätzen umgewandelt werden. Die monatlichen Kosten wären immens, das Projekt einzigartig in NRW.

So geht die Bezirksregierung Münster nach BILD-Informationen von 320 000 Euro Kaltmiete aus – pro Monat. Dazu kämen (ebenfalls pro Monat) 40 000 Euro Miete für Einrichtung und Möbel und noch mal 245 000 Euro für „Zusatzdienstleistungen".

Dazu würden unter anderem „Bettwäsche- und Handtuchwechsel für bis zu 618 Personen", der Hausmeister und Gärtner gehören. Macht mehr als 600 000 Euro pro Monat! …..

Geplant ist die Nutzung als Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE). Das bedeutet, dass dort sowohl Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, als auch Asylsuchende aus afrikanischen und arabischen Staaten untergebracht werden könnten. Anders als Ukrainer würde diese Menschen dann auch länger in Gladbeck bleiben – bis über ihr Verfahren entschieden ist.

Die Umbaukosten (noch unklar) würden ebenfalls monatlich abbezahlt. Garantierte Laufzeit: zehn Jahre. Die Angaben stammen aus dem Entwurf über einen Vorvertrag („Letter of Intent") zwischen Bezirksregierung und Hotel-Gesellschaft (liegt BILD vor).

„Wir befinden uns in guten Gesprächen und sind zuversichtlich, die Einrichtung im vierten Quartal 2023 an den Start zu bringen", so ein Sprecher der Bezirksregierung. …..

https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/was-das-fuer-den-tourismus-bedeutet-linke-regierung-auf-mallorca-abgewaehlt-84103886.bild.html 29.5.2023

Linke Regierung auf Mallorca abgewählt!

Erhöhung der Touristensteuer vom Tisch ++ Zahl der in der Hochsaison ohnehin schon knappen Betten wird nicht weiter verknappt

Bei der Regionalwahl auf den Balearen (Mallorca, Menorca, Cabrera, Ibiza und Formentera) hat die Linksregierung unter Sozialistin Francina Armengol (51, PSOE) eine empfindliche Niederlage erlitten – nach acht

Jahren ist die Mehrheit futsch! Die Gewinner: die Konservative Volkspartei (PP) mit Marga Prohens (41) und die Rechtspartei Vox mit Jorge Campos.

Letztere konnte die Zahl ihrer Parlamentsmandate sogar mehr als verdoppeln,

wie die „Mallorca-Zeitung" berichtet.

Die Zeichen stehen jetzt auf Machtwechsel! Und DAS könnte sogar Folgen für den Tourismus haben auf der sprichwörtlichen „Lieblingsinsel der Deutschen".

Die Konservative Marga Prohens dürfte nun versuchen, ein Rechtsbündnis zu schmieden, vermied dazu aber zunächst klare Aussagen.

Wohl nicht betroffen: die Touristensteuer (2 Euro pro Tag und Person, Nebensaison 0,50 Euro, ausgenommen Kreuzfahrtpassagiere in Palma). Gegen ihre Einführung hatten die Konservativen noch gewettert, wollen nun aber offenbar doch daran festhalten. Immerhin wird sie wohl nicht erhöht.

Das Protestwähler-Potenzial auf der „Lieblingsinsel der Deutschen" wächst seit Langem. Immer wieder gibt es unter Mallorcas Wählern auch Ärger über Zuzug aus dem Ausland (allein Zehntausende Deutsche leben auf der Insel) und die Folgen des Tourismus (vor allem aus Deutschland, Großbritannien). Zwar ist er eine enorme Einnahmequelle für die Insel und wichtiger Wirtschaftszweig mit zahlreichen Arbeitsplätzen, er treibt aber auch die Lebenshaltungskosten für die lokale Bevölkerung in die Höhe. ….